

nationalen Unglück trägt und daß das Steuer noch der entgegengelegten Seite herumgerissen werden muß. Alle Welt erkennt, daß nur Demokratie im Inneren und Verständigung mit den Nachbarn Ungarn im letzten Augenblick vor dem Chaos bewahren können. Alle Welt — bis auf die kleine Herrenschicht, die hochmütige Magnatenstippe, deren Beauftragter heute Starolvi heißt, wie er gestern Bethlen hieß. Obwohl sich innerhalb der Regierungspartei fortschreitender Verfall bemerkbar macht, denkt der Ministerpräsident nicht daran, seinen Vorgänger zu verleugnen; er dacht ihn mit seiner ganzen Person, wenn die Sozialdemokratie den Ruf erhebt: „Bethlen auf die Anklagebank!“, und da Starolvi den Extremisten im eigenen Lager als „Schlapp“ gilt, zeigte er dieser Tage die Faust, indem er das sozialdemokratische Parteiblatt *Repszava* auf unbestimmte Zeit verbot. Die Folgen dieses Gewaltstreiks offenbarten, wie weit die Csering im Lande schon vorgedrungen ist: Streik der Lehrer, so daß die Zeitungshandlung Budapest zwei Tage ohne Blätter war, einseitiger Generalstreik der Arbeiterschaft, Kundgebungen und Wessenaufmärsche namentlich in der Provinz, Zusammenstöße mit der bewaffneten Macht, revolutionäre Stimmung allenthalben! Ungarn erwacht, nachdem es von seinen Nachbarn durch die auf den Kopf für zehn Jahre in todesähnliche Erstarrung verlegt worden war.

Was den Herrschenden trotz ihrer Verblendung, die sie all ihr Vertrauen auf Beer und „Prachialgewalt“, zu deutsch: Polizei, Gendarmerie und Flakwache, sehen läßt, den guten Schlaf raubt, ist die nicht zu hemmende Radikalisierung des flachen Landes. Die Bauern haben es endlich satt, von den Herren ausgebeutet und als politisches Kanonenfutter verbrennt zu werden. Die Bauern besitzen sich auf sich selber, die Bauern streben in Massen zur Sozialdemokratie, als der einzigen Partei des arbeitenden Volkes. So, das ungarische Dorf wird rot. Die Leitung der Partei ist sich voll bewußt, wozu dieser Kräftezuwachs verpflichtet; sie hat den Kampf aufgenommen, sie wird den Kampf durchführen. Und bei politischen Zielen, etwa dem von allen Seiten laut geäußerten geheimen Wahlrecht, kann dieser Kampf nicht stehenbleiben; die Agrarreform, die Agrarrevolution, die Zerstückelung des unbearbeiteten Großgrundbesitzes zugunsten der Bauernwirtschaft, die nach 1918 dem ganzen europäischen Erdteil ihre Wurzeln aufgedrückt hat, ist auch für das einzige Land Asiens, in dem noch das Latifundium schwärmt und schrankenlos herrscht. Ungarn erwacht, und erwacht gründlich!

Fernmann Wendel.

Reichsbahn wird billiger

Die Reichsbahn-Gesellschaft veröffentlicht jetzt ihre Maßnahmen, durch die sie den Sommerverkehr steigern will. Danach werden vom 1. Juli an die Schnell- und Eilzugschlüsse um die Hälfte herabgesetzt und die Spannungsverhältnisse bei den Monats-, Schülermonats- und Teilmontatsfahrten geändert, so daß eine Ermäßigung zwischen 8 und 21 Prozent eintritt. Außerdem werden Sommerurlaubskarten für die Zeit vom 1. Juni bis 15. Oktober 1932 mit 20 Prozent Fahrpreisermäßigung und einer Geltungsdauer von zwei Monaten eingeführt, wobei die Meile sich mindestens auf 200 Kilometer erstrecken muß und die Rückreise nicht vor dem 11. Geltungstag angetreten werden darf. Vorausgesetzt wird, daß diese Urlaubsfahrten sich auf Reiseziele in Deutschland erstrecken.

Sommerurlaubskarten werden für alle Verkehrsverbindungen der Reichsbahn aufgelegt, für die auch gewöhnliche Fahrkarten vorliegen. Bei Benutzung von Schnell- und Eilzügen ist der tarifmäßige Zuschlag zu zahlen. Die Sommerurlaubskarten sind nicht übertragbar und müssen vom Inhaber unterschrieben werden. Da die Ferienverkehrssteigerung gleichfalls eine Ermäßigung von 20 Prozent geniesst, werden an den Tagen, an denen Ferienurlaubskarten auszugeben werden.

Sowohl die Monats-, als auch Karten in Frage kommen, wird die Monatskarte dritter Klasse mit Eilzugberechtigung denselben Preis haben wie die Monatskarte für den Personenzug in der zweiten Klasse. Ein Inhaber einer Monatskarte zweiter Klasse Personenzug darf ohne weiteres in der dritten Klasse einen Eilzug auf Grund seiner Monatskarte benutzen, kann darf der Besitzer einer Monatskarte dritter Klasse Eilzug in dem Personenzug zweiter Klasse fahren. In ähnlicher Weise wird, wie es auch heute schon zugelassen ist, der Inhaber einer Monatskarte zweiter Klasse mit Eilzugberechtigung in der dritten Klasse Schnellzüge benutzen können. Die neue Maßnahme stellt also eine Vereinfachung dar und bringt für die Monatskarte dritter Klasse mit Eilzugberechtigung eine Ermäßigung um 14,6 Prozent und für die Monatskarte zweiter Klasse mit Eilzugberechtigung eine Ermäßigung um 21 Prozent gegenüber den heutigen Sätzen.

Offizielle Veröffentlichung in *NSD*. Präsident Hoover hat auf der Sitzung der Gouverneure der Staaten der Union festgestellt, daß die Ausgaben des Bundes, der Einzelstaaten und der Kommunen von 2,9 Milliarden Dollar im Jahre 1918 auf 13,2 Milliarden Dollar im Jahre 1930 gestiegen sind, während die öffentliche Schuld in der gleichen Zeit von 4,8 auf 30,6 Milliarden Dollar anwuchs. Rationalisierung der Verwaltungen sei die erste Pflicht. Das ständige Vorgehen müsse aufhören. An Stelle von Angelegenheitsverhandlungen müßten Kurzweil und Zwangsurteil ohne Gehalt eingeführt werden.

Die Pläne über die Wehrverbände

Verbot des Parteimilitärs - Reichsaufsicht für ähnliche Organisationen

D. Berlin, 28. April. (Eig. Funk.) Bei der Neuordnung des Verhältnisses zwischen dem Reich und den Wehrverbänden, wofür nach der Aussprache des Reichsinnenministers mit dem Reichspräsidenten und dem Reichskanzler nunmehr die Vorlagen ausgearbeitet werden, denkt man vor allem an eine reichsrechtliche Vorschrift, durch die militärähnliche Organisationen, die einseitig parteipolitisch orientiert sind und mit einer Einzelpartei in Verbindung stehen, allgemein untersagt werden. Die außerdem bestehenden ähnlich gearteten Organisationen sollen einer Reichsaufsicht unterstellt werden.

Ob die Neuordnung in Form einer neuen Rotverordnung oder lediglich als eine Ausführungsverordnung zu den bereits dem Reichsinnenminister erteilten Vollmachten erfolgt, ist noch unbestimmt. Das Verbot der *SA* würde natürlich in eine solche Neuordnung nachträglich einbezogen werden. Das Reichsbanner kann von diesen Maßnahmen nicht berührt werden, da es nach der Auflösung der Schutzformationen keine militärähnlichen Organisationen umfaßt und auch nicht ein einseitig politisch orientiertes Verbands

Unterbrechung in Genf

Tardieu erkrankt - Regierungschefs reisen ab - Fortführung erst nach Frankreichs Wahl

P. Paris, 27. April. (Eig. Draht.) Tardieu, der die Absicht hatte, am Freitag wieder nach Genf zu reisen, um an den Besprechungen zwischen Stimlon, Brüning und Macdonald teilzunehmen, hat am Mittwoch dem Führer der französischen Delegation, Paul Boncour, telegraphiert, daß er wegen einer Kehlkopfentzündung zu seinem Wohnort auf die Reise verzichten müsse. Die Ärzte haben ihm völlige Ruhe verordnet, so daß Tardieu auch die für Donnerstag in Velfort angeordnete Rede nicht halten kann. — Ob die Erkrankung tatsächlich so ernst ist, oder ob sie mehr ein Vorwand ist, die Besprechungen bis nach den französischen Wahlen zu verzögern, ist nicht feststellbar. Es ist damit zu rechnen, daß Tardieu nach den Wahlen zurücktreten muß und nicht wiederkehrt.

T. Genf, 27. April. (Eig. Draht.)

Das Programm der politischen Beratungen zwischen den Regierungschefs und den Delegationsführern ist am Mittwoch nachmittags durch die Abreise Tardieus umgeworfen worden. Stimlon, Macdonald und Brüning werden deshalb heute Donnerstag Genf verlassen. Die Wiederaufnahme der Besprechungen ist nun unbestimmt. Ammerich dürfte sie unter keinen Umständen vor Abschluß des zweiten Wahlganges (8. Mai) in Frankreich möglich sein.

Was ist auch jede Weiterarbeit der Abrüstungskonferenz bis nach den französischen Wahlen verschoben.

Es läßt sich nicht verkennen, daß durch alle Höflichkeitserkeln für die plötzliche Erkrankung Tardieus an Galdenzündung von englischer und amerikanischer Seite ein Unterbrechen von starker Ausdehnung durchdringt, die auch nicht durch die Hinweise auf Tardieus ungesicherte Regierungszukunft ganz abgeschwächt werden kann. Der lange verordnete Versuch, die Politik wie während der Londoner Seevereinbarungen durch die Delegationschefs zu regeln und die Einzelheiten den technischen Kommissionen zu überlassen, ist eben zu augenscheinlich durch ein Zurückziehen der augenblicklichen französischen Führung vor endgültigen Entscheidungen zunichte gemacht worden.

In den Verhandlungen, die Macdonald, Brüning und Stimlon am Mittwoch wieder zusammen führten, hat sich nochmals der Standpunkt befestigt, daß es keiner Notion gestattet werden könne, sich einem gemeinsamen Abrüstungsabkommen zu entsagen. In bezug auf die Reparationskonferenz in Lausanne hofft man trotz der unüberwindlichen großen Schwierigkeiten auf eine Verständigung.

Der offensive Charakter der Militär'uffahrt

T. Genf, 28. April. (Eig. Funk.) Im Luftfahrtausflug der Abrüstungskonferenz, der unter dem Vorhild des spanischen Delegierten de Madariaga aufzusammengetreten ist, hat der deutsche Vertreter, Ministerialdirektor Braun-

denburg, auf den offensiven Charakter der gesamten Militär'uffahrt aufmerksam gemacht. Deutschland und andere Mächte hätten die militärische Luftfahrt durch Zerstörung abgebrochen, und so ein Beispiel gegeben. Der Ausbruch müsse sich nicht nur mit den Bombenluftfahrzeugen, sondern auch mit den Jagd- und Aufklärungsflugzeugen beschäftigen, da diese im Verfall der Zeit ebenfalls in die qualitative Abrüstung einbezogen worden seien.

Frankreichs Wahl entscheidet die Abrüstung

Folgen der deutschen nationalsozialistischen Drohungen

P. Paris, 28. April. (Eig. Funk.) Mit dem Herannahen des 1. Mai, des Wahltages in Frankreich, nimmt der Wahlkampf leidenschaftlichere Formen an. Heute werden die letzten beiden großen Wahlreden gehalten. Gerriat, der Führer der bürgerlichen Radikalen, wird am Nachmittag in Bourg bei Lyon sprechen, und Unterstaatssekretär Cattala wird in Velfort vor den Mitgliedern der Handelskammer eine Rede des erkrankten Tardieu vorlesen. Die Parteigänge der öffentlichen Auftritte an die Wähler.

Leon Blum fordert im *Populaire* alle Kandidaten der Sozialistischen Partei auf, in den letzten Tagen der Wahlkampagne den Wählermassen die Bedeutung der Vertagung der Genfer Abrüstungsverhandlungen bis nach den französischen Wahlen klarzumachen. Die Vertagung sei erfolgt, weil die Konferenz das Urteil der französischen Wähler abwarten wolle und hoffe, daß nach den Wahlen die Uebereinstimmung zwischen der Vertagung und der Vertagung der französischen Politik wiederhergestellt werde und dann eine einmütige Entscheidung über eine sofortige Herabsetzung der Rüstungs- und Militärkredite möglich sei.

Erfolg der Militär'uffahrt der Abrüstungskonferenz hängen alles von den französischen Wählern ab.

Gerriat veröffentlicht in der *Frei Presse* Artikel, in denen er seiner Hoffnung auf einen Sieg der Radikalen Ausdruck gibt. Er sagt: „Man wird für die Radikalen stimmen, weil ihre Grundzüge am besten den Wünschen der Gegenwart entsprechen. Man wird für die Radikalen stimmen, weil sie auf dem Gebiet der Landesverteidigung und der Sicherheit alle Uebereinstimmungen absehen. Sie wollen die Abrüstung, sie wollen die Herabsetzung der Militärkredite, aber sie behaupten nicht, daß diese Herabsetzung allein ein Heilmittel für alle Leiden darstellen kann. So lange es noch Männer wie Hitler gibt, wollen die Radikalen die Sicherheit des Landes gewährleisten, denn sie erinnern sich der Vergangenheit.“

So hindern diese ewigen nationalsozialistischen Drohungen gegen Frankreich die Bewegung für Abrüstung. Der deutsche nationalsozialistische Militarismus ist der zuverlässigste französische Rüstungsreiz.

Die Wählerwanderung

Su den Ergebnissen des 24. Aprils

Von Georg Daxer

Es fiel diesmal schon beim Abhören auf, daß die Wahlergebnisse aus verschiedenen Bezirken ein außerordentlich uneinheitliches Bild darbieten. Nach den Wahlkreisen zusammengefaßt, bestätigt die abschließende Statistik diesen Eindruck. So hat zum Beispiel die Sozialdemokratie im Vergleich zu den letzten Reichstagswahlen in einzelnen Wahlkreisen einen Stimmenzuwachs bis 13 Prozent (Ostpreußen) und einen Stimmenverlust von 28 Proz. (Oberbayern-Schwaben). Auch die Zunahme der nationalsozialistischen Stimmen war alles andere als einheitlich.

Um so wichtiger ist es jetzt, nicht nur die Stimmenzahlen in einzelnen Bezirken, sondern auch und besonders aufmerksam die ganze soziale und politische Entwicklung in verschiedenen Gebieten zu prüfen. Für uns ist insbesondere sehr wichtig, festzustellen, in welchem Maße sich die verschiedenen Parteiorganisationen den stark veränderten Bedingungen und Formen des politischen Kampfes angepaßt haben.

Manche wesentlichenzüge des Wahlergebnisses lassen sich allerdings weder durch die im engeren Sinne lokalen Verhältnisse noch durch die Art, wie die Anforderungen des Wahlkampfes von den verschiedenen Organisationen bewältigt wurden, erklären. Es lassen sich vielmehr gewisse Gesetzmäßigkeiten verspüren, die mehr oder weniger allgemeine

Geltung haben. Sie sind diesmal nicht leicht aufzudecken, da die Wahlergebnisse vom 24. April das Fazit Wanderungen der Wähler nach verschiedenen Richtungen darstellen. Ohne einige Anhaltspunkte, die uns die beiden Wahlgänge der Reichspräsidentenwahl bieten, wäre es vielleicht unmöglich, über einige Verchiebungen der Stimmenverhältnisse ein sicheres Urteil abzugeben.

Vor allem gilt das für die nationalsozialistischen Stimmen, die in Breußen seit dem 14. September 1930 um mehr als 4 Millionen und seit dem ersten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl um 1,2 Millionen zugenommen haben. Es liegt zwar auf der Hand, daß die Nazis seit dem 14. September 1930 die sogenannten Mittelparteien (mit Ausnahme der katholischen) fast vollständig unterworfen haben. Ihre Stimmengewinne gehen aber noch über diese Aufzählung der bürgerlichen Parteien hinaus. Es darf leider kein Zweifel darüber bestehen, daß der Nazis diesmal auch der Einbruch in die „marxistische“ Front, die allerdings keine Front ist, in gewissem Maße gelungen ist. Auf welche Art und ungefähr in welchem Maße, darüber belehren uns die Wahlergebnisse vom 10. April.

Diese Wahlergebnisse haben einwandfrei gezeigt, daß die Kommunisten durch ihre Politik und die Art ihrer Agitation den Nazis die Tür in die Reihen der bisherigen kommunistischen Anhänger geöffnet haben. War schon die Zusammenlegung der *SA* in der früheren kommunistischen stark vertreten, sehr kennzeichnend, so ließ der Ausfall der zweiten Reichspräsidentenwahl keinen Zweifel über die Quellen, aus denen die Nazis die neuen Wählermassen erhalten haben. Die Zahl der kommunistischen Wählerläufer zu den Nazis wurde nach dem 10. April meistent mit 500 000 für das ganze Reich viel zu niedrig geschätzt. Man überschätzte dagegen die Zahl der Duesterberg-Wähler, die beim zweiten Wahlgang für Hitler gestimmt haben. Der Sprung von 8,2 Millionen Hitler-Stimmen (in Breußen) am 10. April zu den 9,6 Millionen, die am 24. April die Deutschen national und die Nazis zusammen erhalten haben, läßt sich einfach auf seine Weise erklären, wenn man meint, daß die Wehrverbände der deutschen Nationalen Wähler am 10. April Hitler wählten, und wenn man nicht annimmt, daß die Stimmenzahl für Hitler schon am 10. April einen starken Anteil der früheren kommunistischen Stimmen umfaßte.

Entscheidend ist schließlich folgende Ueberlegung: Die Wahlen im Herbst zeigten, daß bis dahin die Sozialdemokratie viele Stimmen an die Kommunisten abgab. Bis im Oktober und November 1931 zweifelslos eine noch größere Anhängerschaft hatten als im September 1930. Seitdem hat die Sozialdemokratie ihre Stimmenverluste nicht unwesentlich nachgeholt, die Kommunisten haben aber sehr stark verloren. In Hamburg, wo wir die beste Vergleichsmöglichkeit haben, tritt diese Entwicklung völlig eindeutig in Erscheinung. Es erhielten bei den Bürgerchaftswahlen (in Tausend):

	SPD.	KPD.
am 27. September	214,5	188,7
am 24. April	228,2	119,5
	Zunahme 11,7	Abnahme 69,2

In Anhalt hat die Sozialdemokratie jetzt im Vergleich zu den Gemeindevahlen im Oktober 1931 rund 8000 (etwa 12 Prozent) gewonnen, während die Kommunisten fast 9000 (über 30 Prozent) verloren. Die Annahme, daß die Sozialdemokratie allgemein